

ROB-50LP-8716.50_2-6-13-5 (170302 Vermerk an RPin)

Erledigung

Metadaten

Link auf Objekt

Dokumentenkennzeichen [Bearbeitungsstatus / Status]

ROB-50LP-8716.50 2-6-13-5 [z.A. verfügt / Abgeschlossen]

Datum

02.03.2017

Betreff

5 50_Wichtige Schreiben

Adressaten

Adressaten Information

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Versandinformation

Kategorie: Empfänger

Versandart: E-Mail

Gemeinsame Anlagen

Name

WG: T 01.03.2017 Vermerk LRP LHM VGH und München Vers. 2

Übersicht persönliche Anlagen

Empfänger

Persönliche Anlage

Keine Einträge

Hinweise

-

Unterschriften

z.A.

[REDACTED], ROB, SG 50 am 10.12.2019 08:30:02

Manuelle Unterschriften

Keine Einträge

Von: Luftreinhalteplanung (Reg OB) [REDACTED]@reg-ob.bayern.de>
An: [REDACTED] (Reg OB) <[REDACTED]@reg-ob.bayern.de>
Gesendet am: 02.03.2017 09:18:04
Betreff: WG: T_01.03.2017_Vermerk LRP LHM VGH und München Vers. 2

Von: [REDACTED] (Reg OB)
Gesendet: Donnerstag, 2. März 2017 08:39
An: [REDACTED] (Reg OB)
Cc: Luftreinhalteplanung (Reg OB); [REDACTED] (Reg OB); [REDACTED] (Reg OB); [REDACTED] (Reg OB)
Betreff: WG: T_01.03.2017_Vermerk LRP LHM VGH und München Vers. 2

Sehr [REDACTED],

zur Weiterleitung an Frau RPin nachfolgend der gewünschte Vermerk zur Bewertung des jüngsten Münchner Stadtratsbeschlusses zur Luftreinhalteplanung vor dem Hintergrund der aktuellen Gerichtsverfahren.

Diese Bewertung fällt uns leider leicht: Der Beschluss wird den inhaltlichen Anforderungen der Gerichte, insbesondere denen des BayVGH in seinem Beschluss vom 27.02.2017, auch nicht annähernd gerecht.

Zu den für die Regierung zu ziehenden Folgerungen aus dem Beschluss des BayVGH werden wir uns in einem gesonderten Vermerk äußern.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Von: Luftreinhalteplanung (Reg OB)
Gesendet: Mittwoch, 1. März 2017 19:01
An: [REDACTED] (Reg OB)
Cc: [REDACTED] (Reg OB)
Betreff: T_01.03.2017_Vermerk LRP LHM VGH und München Vers. 2

Sehr [REDACTED],

wie heute besprochen der Vermerk zum Auftrag von Frau RPin mit der Bitte um weitere Veranlassung.

Mit freundlichen Grüßen

██████████
Regierung von Oberbayern
Sachgebiet 50 – Technischer Umweltschutz
Maximilianstraße 39
80538 München
Tel: ██████████
Fax: ██████████
E-Mail: ██████████@reg-ob.bayern.de
<https://www.regierung.oberbayern.bayern.de/aufgaben/umwelt/tumwelt/ansprech/>
Lageplan/Anfahrt: <http://www.reg-ob.de/anfahrt.htm>



Zimmer ■■■
Telefon ■■■

München, 01.03.2017

**Vollzug des BImSchG; Luftreinhalteplanung für die Landeshauptstadt München – Stadtratsbeschluss vom 25.01.2017;
Hier: Bewertung unter Berücksichtigung des Beschlusses des VGH vom 27.02.2017 (VG Az. M 1 K 15.5714 und M 1 V 15.5203)**

1. Sachstand

- Am 25.01.2017 hat der Stadtrat von München (Vollversammlung) verschiedene Maßnahmen in Hinblick auf die Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtes München getroffen.
- Der Verwaltungsgerichtshof München hat am 16.02.2017 über die Beschwerde des Freistaats Bayern zum Beschluss des VG München im Vollstreckungsverfahren DUH – Freistaat Bayern verhandelt. Der Beschluss vom 27.02.2017 (22 C 16.1427, M 1 V 15.5203) wurde am 01.03.2017 vom VGH bekanntgegeben.

2. Bewertungen

2.1 Beschlüsse des Stadtrats München vom 25.01.2017

Maßnahme	Bewertung
Umsetzung des Bürgerbegehrens "Saubere Stadt", dass bis 2025 mindestens 80% des Verkehrs auf Münchner Stadtgebiet durch abgasfreie Kfz, den öffentlichen Personennahverkehr sowie Fuß- und Radverkehr zurückgelegt werden. Hierfür sollen schnellstmöglich Maßnahmen zur Verkehrswende ergriffen und jährlich über den Fortschritt berichtet werden. Auftrag an die Verwaltung den Verkehrsentwicklungsplan VEP2030+ und Nahverkehrsplan NVP zügig weiterzutreiben	Die Stadt möchte den Beschluss durch Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans 2030+ sowie Nahverkehrsplans umsetzen. Sie setzt dabei auf den Ausbau der Elektromobilität und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (ÖPNV, Rad- und Fußverkehr), Carsharings und Parkraummanagements. Diese Themen sind bereits alle im Luftreinhalteplan bzw. Fortschreibungen enthalten. Eine Fortschreibung hierzu ist nicht erforderlich. Ob damit die Grenzwerte eingehalten werden können, ist sehr fraglich – bereits jetzt wird ein hoher Anteil des Verkehrs in München ohne Auto zurückgelegt – lt. Aussage Bürgerbegehren ca. 65 %). Zur Einhaltung der Grenzwerte an der Landshuter Allee ist nach Abschätzung des LfU eine Verkehrsreduktion von ca. 80 % erforderlich. Insofern trägt der Ansatz zu einer Verbesserung der Luftqualität bei. Allerdings kommt dies zu spät.

Auftrag an die Referate, weitere Maßnahmen im Sinne der Entscheidung des VG München zu prüfen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.	Die Stadt wird hierzu das Ergebnis des derzeit in Bearbeitung befindlichen Gutachtens zur Maßnahme M1 „verkehrssteuernde Maßnahmen“ der 6. Fortschreibung abwarten (Ergebnis liegt voraussichtlich Juni 2017 vor). Dies ist nachvollziehbar. In Abhängigkeit vom Ergebnis kann eine 7. Fortschreibung erforderlich sein (z.B. bei flächendeckenden Fahrverboten).
Das Referat RGU soll auf das StMUV zugehen, um eine Konkretisierung der Forderungen des VG München zu erreichen. Außerdem soll der Gutachter zu den Maßnahmenvorschlägen der Stadt Stellung nehmen.	Die Stadt arbeitet in der Steuerungsgruppe zu dem Gutachten Maßnahme M1 mit und hat diese Forderungen bereits kommuniziert. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.
Verbesserung des eigenen Fuhrparks durch z.B. E-Fahrzeuge, Ersatz von Dieselfahrzeugen	Sehr guter Ansatz, allerdings wird damit keine Erreichung der NO ₂ -Grenzwerte möglich sein.
Initiierung eines Aktionsplans für einen sauberen Wirtschaftsverkehr	Guter Ansatz, aber nur „weiche“ Maßnahme. Eine Einhaltung der NO ₂ -Grenzwerte wird nicht möglich sein, fördert aber die Bewusstseinsbildung.
Abwarten der Ergebnisse von Untersuchungen der Wirkung einer City Maut	Für die City Maut fehlt die Rechtsgrundlage. Ein politischer Wille zur Einführung in Deutschland ist nicht erkennbar.

Fazit:

- Mit den im Stadtratsbeschluss vorgeschlagenen Maßnahmen wird eine schnellstmögliche Einhaltung der NO₂ Grenzwerte im Sinne der Gerichtsurteile nicht möglich sein.
- Es handelt sich nicht um „drastische“ bzw. „einschneidende“ Maßnahmen im Sinne des Gerichtsurteils vom 09.10.2012 bzw. 21.06.2016.
- Die Stadt setzt auf die Weiterentwicklung der Umweltzone in Hinblick auf eine nachhaltige Reduktion der Stickstoffdioxidbelastung.
- Da hier aber auf Bundesebene die Voraussetzungen erst geschaffen werden müssen, sieht die Stadt derzeit keine Möglichkeit im Sinne des Gerichtsurteils vorzugehen. In der Stadtratsvorlage werden mehrere drastische verkehrsbeschränkende Maßnahmen bewertet mit dem Ergebnis, dass lediglich die Fortschreibung der Umweltzone wirksam und verhältnismäßig ist.
- Der Oberbürgermeister wird deshalb bei Bund und Freistaat die Schaffung der erforderlichen Rechtsgrundlage einfordern.

2.2 Beschluss des VGH Münchens vom 27.02.2017

Bis 31.12.2017 muss ein vollzugsfähiges Konzept der Öffentlichkeit bekannt gemacht worden sein, das Verkehrsverbote für Dieselfahrzeuge für die Straßen(abschnitte) mit Grenzwertüberschreitungen vorsieht. Ausnahmen davon sind entsprechend zu begründen. Der VGH verpflichtet mit dem Beschluss nicht bereits zur Aufnahme von Fahrverboten für Dieselfahrzeuge in den Luftreinhalteplan, jedoch zur konkreten und zeitnahen Vorbereitung dieser Maßnahmen.

Da der Stadtratsbeschluss vom 25.01.2017 keine Verkehrsverbote, insbesondere für Dieselfahrzeuge vorsieht, wird damit der **Beschluss des VGH nicht erfüllt**.

Wie aus der Bewertung des Bayerischen Landesamtes für Umwelt zur dem Schlussbericht der „Potenzialanalyse E-Allianz - Elektromobilität in München“ vom 17.01.2017 hervorgeht, ist das „Potenzial der E-Mobilität zwar hoch, aber bei den geringen Zuwächsen auf eine enorm lange Zeitdauer ausgerichtet. Als Maßnahme im Prozess der Luftreinhalteplanung kann die Elektromobilität zwar einen Baustein darstellen, wird aber bei der aktuellen Substitutionsrate erst sehr langfristig Effekte zur Verminderung der Stickstoffdioxid-Immissionen zeigen.“ Bei einer Substitution von 25 % der Personenkraftwagen durch E-Fahrzeuge würde der Prozentsatz im Straßennetz mit Überschreitungen des NO₂-Jahresmittelwertes von derzeit ca. 39 % auf noch 29 % des Straßennetzes mit Überschreitungen des NO₂-Jahresmittelwertes sinken.

Für den Vermerk

Gez.

II. An BL5 mit der Bitte um Kenntnisnahme und zur weiteren Veranlassung

Mitz.:

E: [REDACTED] / [REDACTED],
01.03.2017,
Zi. [REDACTED], Tel. [REDACTED]
Gz. 50